



Defätistische „Realpolitik“

Dr. Klaus Olshausen

August 2022

Zusammenfassung

Seit einiger Zeit mehren sich Stimmen in den westlichen Staaten, dass es jetzt um eine „politische Konfliktlösung“ gehen müsse und damit verbunden ein rascher Waffenstillstand die militärische Auseinandersetzung stoppen solle. Vom Krieg umnebelte SPD-Politiker setzten am 26. August noch eins drauf und fordern sogar einen „modus vivendi“ mit dem Kriegsverbrecher Russland. Was bedeutet das für Putins politische Zwecke seines Eroberungskrieges und für die erklärte Zielsetzung der Verteidigung der Ukraine mit der Hilfe westlicher Staaten?

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 16. August tönte Putin bei einer „Militärolympiade“, dass Russland mit „unbeugsamer Manneskraft“ den ganzen Donbass für Russland gewinnen wolle – und werde. Am selben Tag war der russische Verteidigungsminister Schoigu zu hören, wonach für die „militärische Spezialoperation“ gegen die Ukraine und ihre Menschen kein Einsatz von nuklearen Waffen erforderlich/vorgesehen sei. Denn die nukleare Komponente werde erst und nur eingesetzt, wenn die Existenz der russischen Föderation auf dem Spiel stehe. Daraus scheint ein Optimismus im Kreml zu sprechen, dass Russland noch genügend Reserven hat, um die Ukraine in die Knie zu zwingen. Dieser speist sich auch daraus, dass Putin damit rechnet, dass seine „Spaltungspolitik“ gegen die EU und die NATO mittelfristig deren Unterstützung für den militärischen Kampf der Ukraine begrenzen wird.

Um die Einschüchterung der EU- und NATO-Staaten weiter zu schärfen, verlegte Russland am 18. August Flugzeuge nach Kaliningrad, die erklärtermaßen mit hyperschnellen Raketen bestückt werden. Das Signal kann nicht klarer sein.

Fazit: Putins klares Zwischenziel ist der Besitz des Donbass und er wird gegen die Ukraine und den Westen alles unternehmen, um dies zu erreichen.

Was bedeutet das für die Ukraine und den Westen mit seinen Partnern?

Zwei politische Zwecke bestimmen die offizielle Politik der NATO und der EU:

1. Unmittelbar geht es darum, die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine als Teil und sichtbares Zeichen wiederherzustellen, dass ein selbstständiger Staat nicht amputiert oder gar ausgelöscht werden darf.
2. Russland so weit militärisch, politisch und wirtschaftlich einzudämmen, dass eine Fortsetzung oder gar ein weiterer Angriffskrieg nicht mehr möglich ist.

Beides gemeinsam dient dem Zweck, die Chance zu erhalten, zu einer regelbasierten internationalen Ordnung zurückzukehren.

So weit, so gut. Das Erreichen der Zwecke verlangt natürlich geeignete politische und militärische Ziele und Mittel. Im politisch-militärischen Bereich haben die westlichen Staaten allerdings zunächst drei Handlungsmöglichkeiten ausgeschlossen, zwei davon bereits öffentlich bevor der Überfall Russlands begonnen hatte.

Erstens für die Ukraine kann keine Reaktion auf Grundlage des Washingtoner Vertrags gemäß Artikel 5 der kollektiven Verteidigung erfolgen.

Zweitens wurde ein direkter Einsatz eigener Truppen im Rahmen des Artikel 51 der VN Charta auf dem Territorium der Ukraine – aus innenpolitischen Gründen der Mitgliedstaaten – öffentlich ausgeschlossen. Die Rationalisierung dieser eigennützigen Begrenzung erfolgte mit dem Hinweis, eine Eskalation in eine direkte militärische Auseinandersetzung mit Russland zu vermeiden.

Drittens wurde im Zuge der durchaus zahlreichen (nicht von allen) erfolgten Unterstützung mit Waffensystemen und Ausrüstung erklärt, dass der Ukraine keine Waffen gesandt werden, mit denen sie nachhaltige Ziele in Russland bekämpfen kann.



Sechs Monate im brutalen Krieg wird im „Westen“ deklariert: Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen, und als Gegenstück: die Ukraine darf diesen Krieg nicht verlieren.

Wenn beides erreicht werden soll, muss die Ukraine so stark militärisch ausgerüstet, aber auch finanziell und ökonomisch unterstützt werden, dass sie die russischen Besatzungstruppen nicht nur an den jetzigen Frontlinien stoppen, sondern an die geltende ukrainische Grenze zu Russland zurückdrängen kann. Das leisten die durchaus hohen militärischen Leistungen vieler Staaten der EU und der NATO sowie auch von Partnern an die Ukraine aber bei weitem noch nicht. Denn es geht um die Streitkräfte insgesamt (Land, Luft, See, Cyber) und nicht allein um leistungsstarke Waffensysteme, so wichtig diese sind.

Zeitgleich zu dieser tatsächlich weiter zu steigenden Unterstützung nehmen Aussagen zu, die eine „politische Konfliktlösung“ fordern (zuletzt Präsident Erdoğan während des Besuchs in Lemberg, aber auch der sächsische Ministerpräsident Kretschmer „für ein Einfrieren des Konflikts“). Meistens ist das verbunden mit dem Vorschlag, einen Waffenstillstand – jetzt – zu erreichen. Das bedeutet aber, dass der Osten und Süden der Ukraine von einem terroristisch handelnden Russland besetzt bleiben. Keiner der Vorschlagenden hat dabei einen aussichtsreichen Vorschlag, wie dann Putin und Russland zum Rückzug aus der Ukraine bewegt oder besser gezwungen werden können.

Mehrfach wird geäußert, dass man den politischen Zweck der Ukraine, ihr Territorium zu befreien, für unrealistisch halte. Und der Westen dürfe sich nicht den Zweck des Krieges von der Ukraine „vorschreiben“ lassen. Das verdeutlicht, dass für viele im Westen das Eintreten für die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine schnell deklaratorisch wird, wenn dies mehr eigenen Einsatz und die Inkaufnahme eigener Belastungen verlangt.

Gibt man – wie Politiker der SPD und Ministerpräsident Kretschmer – so den ersten Zweck auf, muss man aufhören zu erklären, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnen darf. Viel bedeutender ist aber, dass man damit auch den zweiten Zweck, Russland von weiteren völkerrechtswidrigen Eroberungen abzubringen, gefährdet, ja sogar konterkariert. Das nenne ich eine defätistische „Realpolitik“.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder, und erschien erstmalig unter dem Titel „Verhindern einer Rumpfukraine mit Guerillakrieg“ im Behörden Spiegel newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik, Nr. 369, 29. August 2022.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Dr. Klaus Olshausen